

# Calmer Calwblatt

Nr. 210.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang.

Verkaufspreis: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 20 Pf. wöchentlich. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% — Fernspr. 8.

Freitag, den 9. September 1921.

Wegzugspreis: In der Stadt mit Zeitlohn 2 Pf. 12.50 vierteljährlich. Wohnungspreis 2 Pf. 12.50 mit Zeitlohn. — Schluß der Anzeigenannahme 6 Uhr vormittags.

## Zur innerpolitischen Lage.

### Die Verhandlungen zwischen Berlin u. München.

Berlin, 8. Sept. Die Beratungen der Reichsregierung mit den Vertretern der bayerischen Regierung und den bayerischen Koalitionsparteien haben heute nachmittags einen vorläufigen Abschluß gefunden. Die bayerischen Vertreter reisen heute abend nach München ab und werden das Ergebnis der Besprechungen mit der Reichsregierung der bayerischen Regierung und dem künftigen Ausschuß des Landtags unterbreiten, der am Samstag zusammentritt.

Berlin, 8. Sept. Wie die Blätter melden, sind die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Vertretern Bayerns heute vormittag von 9 bis 1 Uhr fortgesetzt worden. Nachmittags werden Reichskanzler, Reichsminister des Innern und Reichsjustizminister abermals mit den bayerischen Vertretern zusammenkommen. Wie die „Voss. Ztg.“ meldet, ist man im Laufe des Vormittags über das Prinzip im wesentlichen einig geworden, sodaß man nunmehr über Formulierungen verhandeln wird. Allerdings liegt die Entscheidung in München, wohin die bayerischen Vertreter heute abend zurückkehren. Die Reichsregierung ihrerseits hat sich der Billigung der Koalitionsparteien für ihre Vorschläge an die bayerische Regierung und für die Zugeständnisse, die sie Bayern für die Aufhebung des Belagerungszustandes zu machen bereit ist, versichert. — Die Koalitionsparteien wurden heute nachmittags vom Reichskanzler über das vorläufige Ergebnis der Verhandlungen unterrichtet und erklärten ihr Einverständnis mit den Vorschlägen der Reichsregierung, ausgenommen die Sozialdemokraten, die gemeinsam mit den Unabhängigen heute abend beim Reichskanzler ihre Bedenken geltend machen wollen. Vor der Schlußberatung mit den Vertretern Bayern wird das Reichskabinett die Vorschläge der Reichsregierung formulieren. Die endgültige Entscheidung kann für Samstag erwartet werden.

Berlin, 9. Sept. Trozdem über den materiellen Teil der Verhandlungen der Reichsregierung mit der bayerischen Delegation vorläufig strengstes Stillschweigen gewahrt wird, glaubt der „Berliner Lokalanzeiger“ auf Grund zuverlässiger Informationen annehmen zu dürfen, daß der bayerischen Regierung für den Verzicht auf den Belagerungszustand hinreichende Garantien angeboten worden sind. Man wird künftig, wie es in der Meldung des Blattes weiter heißt, bei allen von der Berliner Zentrale aus sich über Bayern erziehenden Maßnahmen rechtzeitig mit der Münchener Regierung Fühlung nehmen. Ueberhaupt wird Bayern in aktuellen Verwaltungsfragen, wie z. B. in der Frage der Pressefreiheit, in seiner Staatshoheit künftig weitestgehend respektiert werden.

### Ein Erlaß des sächsischen Kultusministeriums gegen reaktionäres Treiben in den Lehranstalten.

Berlin, 9. Sept. Die Dresdener sozialdemokratische „Vollstimme“ veröffentlicht einen Erlaß des Kultusministers Felsch, der besagt, daß er eine Untersuchung über das reaktionäre Treiben in den staatlichen Lehranstalten eingeleitet habe.

### Zeitungsverbote.

Berlin, 9. Sept. Der Reichsminister des Innern hat die in Kaschau erscheinende Ausgabe der „Hessischen Arbeiterzeitung“, das Organ der kommunistischen Partei für Hessen, Waldeck und Südhannover, verboten wegen eines den Reichspräsidenten und die Reichsregierung beleidigenden Artikels. Ferner wurde das deutsch-nationale „Süddeutsche Tageblatt“ wegen Verächtlichmachung des Reichspräsidenten vom Oberpräsidenten Kossel auf 14 Tage verboten.

### Die württ. Bürgerpartei für Aufhebung des Verbots der „Süddeutschen Zeitung“.

(Süd) Stuttgart, 7. Aug. Das Verlangen der Fraktion der Württ. Bürgerpartei und des Bauernbundes auf Einberufung des Landtags zur Besprechung der Großen Anfrage über die Verordnungen des Reichspräsidenten und des Verbots der Süddeutschen Zeitung ist vom Präsidenten des Landtags abgelehnt worden. Daraufhin hat die Fraktion durch die Abgeordneten Dr. Weiswänger, Dr. Schott und Wiber bei der Regierung ernsthafte Vorstellungen erhoben und erneut das Verlangen gestellt, daß die württ. Regierung bei der Reichsregierung nachdrücklich und ungehämmt für Aufhebung des Verbots eintritt.

### Weitere Ausschreitungen in Braunschweig.

Braunschweig, 8. Sept. Zu Ausschreitungen kam es, wie die Braunschweigische Landeszeitung berichtet, heute abend an verschiedenen Stellen der Stadt aus Anlaß einer vom „Stahlhelm“ einberufenen Monatsversammlung. Kommunistische Elemente unter Führung der kommunistischen Landtagsabgeordneten stürmten das Stabsquartier des „Stahlhelm“ und durchsuchten die Räume. Dann zogen sie zum Versammlungsort. Dort

wurden sämtliche aus der Stadt kommende Straßenbahnwagen angehalten und auf „Stahlhelm“-Leute durchsucht. Verschiedene Personen wurden schwer mißhandelt und verletzt. Einen ehemaligen Leutnant wollte man in die Oler werfen. Es wurde auch geschossen. Als die Unruhen größeren Umfang annehmen drohten, rückte eine Abteilung Polizei heran, die mit Trüben und Beschimpfungen empfangen wurde. Es gelang ihr aber schließlich, die Menge auseinanderzutreiben, die sich dann in verschiedene Straßen der Stadt verteilte, um dort vielfach Unfug zu verüben.

### Die Unruhen in Speyer.

Speyer, 7. Sept. Wegen der mit Gewalttätigkeiten verbundenen Demonstration in der vorigen Woche, bei der das Regierungsgebäude demoliert wurde, hat die Polizei neue Verhaftungen vorgenommen. Die Arbeiter verlangten die Freigabe der Verhafteten und sind heute vormittag in den Ausstand getreten. Um 11 Uhr vormittags wurde das Regierungsgebäude von der Menge gestürmt. Bei dem Zusammenstoß zwischen Polizei und Demonstranten fielen Schüsse. Ein Arbeiter wurde getötet, mehrere wurden schwer verletzt.

Speyer, 8. Sept. Aus Anlaß der gestrigen Ausschreitungen in Speyer hat der Provinzdelegierte der Pfalz die Befehlsgewalt über die Gendarmerie und Polizei in der Kreishauptmannschaft übernommen und dem Regierungspräsidenten und dem stellvertretenden Bürgermeister in Speyer gegen Mittag die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zugesichert.

### Der österreichisch-ungarische Konflikt.

#### Die Ententemächte billigen die Haltung Oesterreichs.

Wien, 8. Sept. Die „Politische Korrespondenz“ meldet: Die Ententemächte haben der österreichischen Regierung neuerdings versichert, daß die von Oesterreich in der westungarischen Frage eingenommene Haltung ihre volle Zustimmung finde. Die österreichische Regierung hat nunmehr die Interalliierte General-Kommission in Debensburg verständigt, daß sie, wenn den gegenwärtigen Zuständen im Burgenland nicht baldigst ein Ende bereitet werde, die Gendarmerie zurückziehen müsse, weil sie nicht gewillt sei, das Leben dieser zur friedlichen Besetzung ins Land gerufenen Sicherheitsbeamten weiter aufs Spiel zu setzen.

Wien, 8. Sept. Wie das Korr.-Bur. amtlich meldet, stehen im Abschnitt Kirchschlag auf niederösterreichischem Boden derzeit keine Insurgenten. Ihre Sicherheitsposten befinden sich jetzt östlich der Landesgrenze.

#### Erneute Angriffe ungarischer Banden auf das österreichische Grenzgebiet.

Wien, 8. Sept. Das Wiener Korr.-Bur. meldet: Der Gendarmerieposten in Agendorf ist heute von übermächtigen Banden, die auch Kavallerie mit sich führten, angegriffen worden. Er mußte sich nach Matersdorf zurückziehen. Nach Mitteilung der interalliierten General-Kommission in Debensburg, die sofort heute vormittag von der österreichischen Regierung auf diese neuen Fälle aufmerksam gemacht und gebeten wurde, Teile des Bundesheeres verwenden zu dürfen, machte sich das Departement Ostenburg auf die Nachricht von Bandenüberfällen mit seiner Kavallerie daran, die Banden anzugreifen und zu zerstreuen, wobei 100 Bandenmitglieder zu Gefangenen gemacht wurden. Die von der interalliierten General-Kommission aus von Ostenburg gegebene Darstellung steht mit den Aussagen der an den Gefechten beteiligten Gendarmerie in Widerspruch. Sie erklären, daß reguläre Kavallerie vor den Banden einher ritt. Die österreichische Regierung hat von diesem Vorfalle neuerlich sofort die Wiener Vertreter der drei Hauptmächte verständigt. Auf Wunsch der interalliierten Kommission hält das Departement Ostenburg Agendorf solange besetzt, bis die österreichische Gendarmerie wieder einmarschieren kann.

### Die irische Frage.

#### Vor einer neuen Zusammenkunft Devaleras und Lloyd Georges?

London, 8. Sept. In der Antwort der britischen Regierung an Devalera wird an diesen die Frage gerichtet, ob er bereit sei, sich am 20. d. Mts. an einer Konferenz in Inverness zu beteiligen, um zu ermitteln, wie die Verbindung Irlands und des britischen Reichs am besten mit den nationalen Bestrebungen der Iren in Einklang gebracht werden könne.

London, 8. Sept. „Intransigent“ zufolge herrscht in beunruhigten Kreisen die Ansicht vor, daß eine Verwerfung der Vorschläge der britischen Regierung durch Devalera und durch Eirean unwahrscheinlich sei. Es werde für sehr wahrscheinlich gehalten, daß eine neue Zusammenkunft des Kabinetts in Inverness in zwei Wochen stattfinden werde, ganz unabhängig davon, ob die Sinn-Feiner

die Einladung der Regierung zu einer Konferenz in Inverness am 20. September annehmen oder nicht. Wenn eine Konferenz stattfinden werde, so werde sie wahrscheinlich nur von einigen Vertretern beider Seiten geführt werden, auf Seiten der Regierung wahrscheinlich von den jetzt in Inverness befindlichen Ministern.

#### Lloyd George bereitet auf neue Kämpfe vor.

London, 9. Sept. Einer Blättermeldung zufolge hat Lloyd George dem Gewerkschaftskongreß in Cardiff bezüglich der irischen Frage geantwortet, niemand widersehe sich mehr dem Blutvergießen als die englische Regierung und am meisten einem brüdermörderischen Krieg zwischen den Bürgern desselben Reiches. Jedoch das Zeugnis der größten demokratischen Staatsmänner in der Geschichte bestärke ihn in seinem Glauben, daß selbst Blutvergießen immer noch besser sei als das Auseinanderreißen eines lebendigen politischen Organismus, dessen Stärke und Einheit wesentlich sei für die Freiheit der Welt.

### Die Tagung des Völkerbunds.

#### Die erste Behandlung politischer Fragen.

Genf, 8. Sept. Die Völkerbundsversammlung beriet in ihrer heutigen Vormittags-Sitzung den Bericht des Völkerbundsrates über seine bisherigen Arbeiten. Branting-Schweden eröffnete die Debatte mit einer längeren Rede, wobei er sagte, daß der Völkerbund noch nicht den Wünschen der Weltmeinung Rechnung getragen habe, und daß man auch vielfach den Eindruck habe, daß nicht alle Beschlüsse von ihm, sondern an anderen Stellen gefaßt worden seien. Mit besonderem Nachdruck forderte Branting, daß die Völkerbundsversammlung das Hauptorgan des Bundes bleiben müsse und kritisierte u. a. die Berichterstattung über die Anlandsfrage. Seine Vorwürfe gegen die Tätigkeit des Rates wurden von Lord Robert Cecil zurückgewiesen, der die unparteiische Haltung des Sekretariats rühmte und auf die Geschichte (1) Regelung der Danziger Angelegenheit hinwies. Er besprach auch die oberösterreichische Frage und sagte dabei: Ich will nichts in der Sache selbst sagen, aber die Hoffnung aussprechen, daß der Völkerbund nicht nur eine völlig gerechte Lösung finden wird, was selbstverständlich ist, sondern eine Lösung, die aller Welt gerecht erscheint. Denn es genügt nicht, daß eine Lösung gerecht ist, sie muß als gerecht empfunden werden. Lord Robert Cecil besprach auch dann eingehend die Mandatsfrage und bedauerte die Verzögerung, die die Regelung dieser Angelegenheit erfahren habe. Daran sei nicht der Völkerbund schuld, sondern die Ver. Staaten. Er erinnerte an den amerikanischen Protest gegen eine Lösung, in der Amerika nicht gefragt worden sei, an die Antwort des Völkerbundsrates, an das Ausbleiben einer amerikanischen Note darüber, an den neuen Schritt des Rates, der bisher ohne Antwort geblieben sei. Der Völkerbund könne nicht dulden, daß gerade in Amerika jetzt dem Völkerbund der Vorwurf gemacht werde, daß die Mandatsausübung nur eine verdeckte Annexion sei. Sodann besprach Lord Robert Cecil noch die Abrüstungsfrage, in der der Völkerbund bei weitem noch nicht genug getan habe. Der Völkerbund müsse aber mutig auf dem Wege der Abrüstung fortchreiten. Nur dann könne er alle seine Feinde durch sein vollbrachtes Werk überzeugen. Die Versammlung spendete den Ausführungen Cecils lebhaften Beifall. Dieser verlas am Schluß seiner Ausführungen zwei Motionen. Die erste begrüßte es, daß der Völkerbund mehr und mehr die Öffentlichkeit an seinen Arbeiten teilnehmen lasse, die andere stellt fest, daß der Völkerbundrat an der Verzögerung der Mandatsfrage unschuldig sei und fordert die beschleunigte Vergebung der Mandate A und B. Die Sitzung wurde auf morgen vertagt.

#### Formale Mitteilungen.

Genf, 8. Sept. Die 5. Kommission (soziale und humanitäre Fragen) ernannte in ihrer heutigen Sitzung verschiedene Berichterstatter für die auf ihrer Tagesordnung stehenden Fragen über geistige Arbeit, Tuberkulosebekämpfung und Unterdrückung des Mädchenhandels. Die 6. Kommission (politische Angelegenheiten) beschäftigte sich mit den Aufnahmeversuchen Ungarns, Lettlands, Litauens und Estlands. Es wurde beschlossen, daselbe Aufnahmeverfahren wie im Vorjahr anzuwenden. Den Völkerbundsmitgliedern wurde heute vom Generalsekretariat eine Denkschrift über das Saarbecken zugefickt. Die Regierung von Panama, die in der ersten Sitzung des Völkerbunds nicht vertreten war, hat als Delegierten den Geschäftsträger in Berlin ernannt. Der vorjährige Antrag der kanadischen Delegation auf Abänderung des Artikels 10 des Paktes wurde besprochen und eine Aenderung desselben beantragt. Es wird von ihm die Gleichrichtung des Beitritts Amerikas zum Völkerbund erwartet. Der Ausschuß, dem die Prüfung der juristischen Bedeutung des Artikels 18 obliegt, beantragte bei der Völkerbundsversammlung, den Artikel zu mildern. Artikel 18 fordert bekanntlich die Eintragung aller von den Völkerbundsmitgliedern abgeschlossenen Verträge beim Generalsekretariat, widrigenfalls sie ungültig sind.

b. Vogt

Ravelfstein.

September 1921

„Krone“  
Anzeigebhaltung  
Reichsmusik  
der Ausschuß.

Angebot  
waren

für Bett- u.  
Meter Mk. 11.80  
Samast mit  
Meter Mk. 30.—  
sch für Bett-  
Meter Mk. 30.50  
Meter Mk. 6.90  
Meter Mk. 11.—  
Stücker  
stück Mk. 40.—  
reich.

Orzheim  
I. Etage  
des  
chen Kaufhauses  
geschlossen

Beste  
es, Drell- und Zwillich  
Säcke

edensqualität, Maschinen  
u. Einzelverkauf. Inter  
schon von Mk. 7.60 ab.

Chopper, Stuttgart,  
Wabstr. 67, Edel-Ludwigstr.

ne.  
Anleihe

ausführlichen

## Zur auswärtigen Lage.

**Dr. Lukajsek über die Lage in Oberschlesien.**  
Berlin, 8. Sept. In der heutigen Presskonferenz sprach Dr. Lukajsek über Oberschlesien. Ein Rufschrei sei kaum zu erwarten, würde auch von England nicht zugelassen werden. Meldungen aus Katibor, die aus privater Quelle zu stammen scheinen, sind mit größter Vorsicht aufzunehmen. In Katibor und Umgegend ist ein Umschwung der Meinung nach der deutschen Seite hin festzustellen. Die wirtschaftliche Lage in Oberschlesien ist sehr schlimm. Die Presse sollte versuchen, zu erreichen, daß der Völkerrundrat die Lage an Ort und Stelle studieren möge. Zunächst wird der Rücktransport der Beuthener Flüchtlinge in die Wege geleitet. Es handelt sich um 25 000 bis 30 000 deutsche und um 2000 polnische Flüchtlinge. Langsam und einzeln werden so unsere Leute in die Orte zurückgeleitet, wo die Verbringung genügend weit fortgeschritten ist. Eine zweite Abstinenz ist unwahrscheinlich. Auch die Entente wünscht sie kaum.

**Eine englische Zeitungsstimme zum deutsch-französischen Abkommen.**  
London, 8. Sept. Mit Bezug auf das Wiesbadener Abkommen schreibt der Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian“, niemand wisse hier, welches die Politik Frankreichs gegenüber den deutschen Reparationen in Wirklichkeit sei. Frankreich habe versucht, eine wirtschaftliche Entente mit Deutschland und außerhalb des Bereichs der Reparationen zu erzielen. Während jedoch Boucheur in Wiesbaden einen Delzweig überbringe, schwinde Briand am Rhein das Schwert. Laut „Manchester Guardian“ ist der springende Punkt der: Hat Frankreich die Absicht, den alliierten Reparationsplan über Bord zu werfen oder nicht? Augenblicklich sei Frankreich mal heiß, mal kalt und seine Alliierten ständen verblüfft da.

**Ein neuer amerikanischer Kredit für Deutschland?**  
London, 8. Sept. „Evening Standard“ meldet, daß ein neuer Plan einer Kreditgewährung an Deutschland in den Vereinigten Staaten entworfen werde. Mister Malcolm Sumner, ein sehr bekannter amerikanischer Anwalt, sei gestern in London aus Berlin eingetroffen, wo er Verhandlungen in dieser Frage geführt habe.

**Rücktritt des polnischen Finanzministers.**  
Paris, 8. Sept. Nach einer „Temps“-Meldung aus Warschau ist der Finanzminister wegen der Besprechungen des Budgets in der Finanzkommission des Reichstags zurückgetreten. In dem dem Ministerpräsidenten nächstehenden Kreise erklärt man, daß diese Demission die des ganzen Kabinetts nach sich ziehen würde. Die Führer der verschiedenen parlamentarischen Klubs traten heute zusammen, um die Möglichkeit einer sofortigen Zusammenberufung des Reichstags zu einer außerordentlichen Tagung wegen der Besprechungen der Finanzkommission zu prüfen.

**Die englischen Gewerkschaften fordern eine Vertretung der Arbeiter auf der Washingtoner Konferenz.**  
London, 8. Sept. Der Gewerkschaftskongress in Cardiff nahm heute, wie die Blätter melden, eine Entschliebung an, in der gefordert wird, daß die Arbeiterschaft auf der Washingtoner Konferenz vertreten sein solle, die die Flottenpolitik Großbritanniens beurteilen würde. Der Arbeiterführer Thomas erklärte in einer Rede, England müsse den anderen Mächten ein Beispiel geben, indem es die Arbeiten für die neuen Schlachtschiffe einstelle. Er führte weiter aus: Zwei Jahre nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrags haben wir in diesem Jahr vier Kriegsschiffe in Bau genommen, die 30 bis 40 Millionen Pfund Sterling kosten werden. Der einzig mögliche Weg ist, auf die Abrüstungskonferenz mit reinen Händen zu kommen und als Beweis für unsere Aufrichtigkeit erklären, daß wir keine Kriegsschiffe mehr bauen werden und daß wir den übrigen Mächten ein Beispiel geben wollen. Thomas fragte, gegen wen die Kriegsschiffe gebaut werden sollten. — Ein anderer Arbeiterführer erklärte, die Washingtoner Abrüstungskonferenz werde das Beispiel sein nicht für die Abrüstung, sondern für neue Rüstungen.

**Entschliebungen zur „chemischen“ Abrüstung.**  
Newport, 8. Sept. (Reuter.) Bei Eröffnung der Tagung der amerikanischen Chemischen Gesellschaft, an der zahlreiche hervorragende Engländer teilnahmen, wurde eine Entschliebung angenommen, die im Hinblick auf die bevorstehende Abrüstungskonferenz auf eine ernsthafte Erwägung der Frage der chemischen Abrüstung dringt. — Bekanntlich steht aber in der Ausrüstung und Vorbereitung für die Kriegsführung mit Giften und Gasen Amerika an erster Stelle.  
Edinburgh, 8. Sept. (Reuter.) In der Eröffnungstagung der Jahreszusammenkunft der British Association, die von mehr als 2000 Gelehrten besucht war, richtete der Vorsitzende Thorpe einen scharfen Protest gegen die drohende Fortsetzung des Gebrauches giftiger Gase in der Kriegsführung, der eine Herabwürdigung der Wissenschaft und eine Verleumdung der Zivilisation bedeute. Der Vorsitzende forderte die versammelten Gelehrten auf, ihren Einfluß zur Beseitigung dieses Mißbrauches geltend zu machen.

**Das Spiel mit der Washingtoner Konferenz.**  
London, 8. Sept. Die „Times“ melden: Trotz gegenteiliger Erwartungen werden in London Vorbereitungen für die Washingtoner Konferenz stattfinden. Durch informelle Beratungen soll das Programm in einer für alle in Betracht kommenden Mächte bestrebenden Weise festgelegt werden.

London, 9. Sept. Der diplomatische Berichterstatter der „Evening News“ erklärt, in der Lage zu sein mitzutellen, daß, obgleich berichtet worden sei, daß die amerikanische Regierung der Frage der Abhaltung von Vorbesprechungen vor der Washingtoner Konferenz — als solche zum erstenmal vorgeschlagen wurden — nicht günstig gewesen sei, das Staatsdepartement in Washington jetzt der Abhaltung dieser Vorbesprechungen abzuhalten, vollkommen zustimme. Der amerikanische Vorkonferenz, der in Sythe wolle, werde in enger Fühlung mit allen Vorschlägen bleiben, die von Seiten der Vertreter der Mächte in London gemacht würden.

## Ämtliche Bekanntmachungen.

**Einstellung der Gewährung von Vaudarlehen zum Wiederaufbau abgebrannter Gebäude.**  
Die Schultheißenämter werden aufgefordert, für den Vollzug des Erlasses des Ministeriums des Innern vom 1. September ds. J., Staatsanz. Nr. 207, in geeigneter Weise Sorge zu tragen. — Ueber den Vollzug ist bis 15. Oktober ds. J. Anzeige zu erstatten.  
Calw, 7. September 1921.  
Oberamt. Bögel, Kuhlmann H. B.

## Aus dem besetzten Gebiet.

**Schlägerei zwischen Holländern und belgischen Offizieren.**  
(Grl.) Aachen, 7. Sept. In der Nacht vom 12. zum 13. August kam es, wie nunmehr amtlich bestätigt wird, in einer hiesigen Wirtschaft zu einer Schlägerei zwischen fünf belgischen Offizieren und mehreren Holländern. Die Belgier, teils in Uniform teils in Zivill, kamen in angetrunkenem Zustand nach der Polizeistunde in das Lokal und verlangten unter großem Lärm nach Getränken. Das Personal lehnte dieses Verlangen in Anbetracht der vorgeriichten Stunde ab und ersuchte die Krachler, sich im Interesse der noch anwesenden Gäste ruhiger zu verhalten. In dem Lokal waren ungefähr acht Holländer anwesend. Als die Belgier die Holländer bemerkten, wollten sie durch anzügliche Redensarten ihre Gleichgültigkeit über deren Anwesenheit darthun. Als einer der Holländer entgegnete, daß die Belgier ihnen ebenso gleichgültig seien, wurde ein belgischer Offizier handgreiflich und schlug einem Holländer ins Gesicht, sodaß dessen Wille entzwei brach und der Geschlagene zu Boden stürzte. Es kam hierauf zu einer Schlägerei, bei welcher die Holländer aus dem Lokal gedrängt wurden. Die Streitigkeiten setzten sich auf der Straße fort. Die Belgier trieben sich noch stundenlang umher, belästigten sämtliche Passanten und ließen sich die Ausweise vorzeigen. Einer der belgischen Offiziere, der bereits einen lässlichen Leumund besitzt, war stark angetrunken. Das Personal der Gastwirtschaft, das Ruhe schaffen wollte, wurde von einem der belgischen Offiziere schwer mißhandelt.

**Deutsche Fürsorge für das Saargebiet.**  
Köln, 5. Sept. Die von der Regierungskommission des Saargebietes verbreitete Nachricht über die Brotversorgung im Saargebiet eine wesentliche Preissteigerung eingetreten habe, da das Deutsche Reich seine Zuschüsse zur Lebensmittelverbilligung zurückziehe und das Saargebiet für sich selbst zu sorgen habe, also vom Reich in Stich gelassen werde, trifft nach den uns von zuständiger Stelle zugehenden Informationen nicht zu. Wie in den Verhandlungen zwischen der Regierungskommission des Saargebietes und der deutschen Regierung Ausgang Mai dieses Jahres ausdrücklich festgestellt wurde, ist die deutsche Regierung bereit, das Saargebiet wie bisher in vollem Umfang mit Brotmehl zu beliefern. Die Belieferung ist, absehn am 15. August dieses Jahres das Getreidewirtschaftsjahr zu Ende ging, und die Beträge mit dem Reiche an sich abgelassen waren, ungehindert fortgeführt worden. Bezüglich der Preisgestaltung hat die Reichsregierung der Regierungskommission des Saargebietes ein überaus entgegenkommendes Angebot gemacht. Bektere steht vor der Frage, ob sie das Angebot, das für die saarländischen Kommunalverbände eine Ersparnis von 70 Millionen Mark bedeuten würde, annehmen soll oder nicht. Die Verhandlungen darüber sind noch in vollem Gange und es muß bedauerlich erscheinen, daß derart irreführende Angaben von der Regierungskommission in die Presse gebracht werden.

## Deutschland.

**Um die Frage der Neubildung der preußischen Regierung.**  
Berlin, 9. Sept. Ueber den Verlauf der interaktionellen Besprechungen über die Umbildung des preußischen Kabinetts bringen die Blätter nach einer Zeitungskorrespondenz Einzelheiten. Vom Zentrum wurde zunächst gefordert, daß der Vorsitzende der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Siering den Vorwurf widerlege, daß das Kabinett Stegerwald aus Wortbruch und Treubruch hervorgegangen sei. Abg. Siering bedauerte, dazu nicht in der Lage zu sein, da die aufgestellte Behauptung seiner unwandelbaren Ueberzeugung entspräche, wohl aber bereit sei, gemeinsam mit den anderen Parteien eine geeignete Formulierung zu suchen, die das Moment der persönlichen Beteiligung ausschaltete. Als allgemeine politische Orientierung sahen Zentrum und Demokraten die Neubildung der preußischen Regierung nur auf der Basis der breiteren Koalition an, d. h. unter Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei. Von sozialistischer Seite wurde dieser Gedanke abgelehnt. Es könne sich jetzt lediglich darum handeln, daß die Sozialdemokratie wieder in die preußische Regierung einträte und damit Preußen eine Regierung erhalte, welche die gleiche Tendenz und die gleiche Zusammensetzung hätte wie das Kabinett Birlik im Reich. Präsident Leinert schlug vor, vorläufig eine Regierung der alten Koalition zu bilden und nach ihrem Zustandekommen mit der Deutschen Volkspartei über ihren etwaigen Eintritt in die Regierung zu verhandeln. Da auch dieser Vorschlag von Zentrum und Demokraten abgelehnt wurde, verließ die interaktionelle Besprechung gänzlich ergebnislos. Wie die Korrespondenz weiter meldet, hat Präsident Leinert dem Ministerpräsidenten Stegerwald folgende von der Besprechung Mitteilung gemacht und dieser hat sich damit einverstanden erklärt, daß Leinert seine Mission als beendet ansieht und vorläufig keine weiteren Schritte unternimmt.

**Von der Tüchtigkeit des Reichsrats.**  
Berlin, 8. Sept. Der Reichsrat überwiegt den Entwurf einer Postordnung für das Deutsche Reich, ferner einen Antrag Bayerns über den Entwurf einer Verordnung zur Sicherung der Getreide- und Kartoffelversorgung in der Uebergangswirtschaft und eine Verordnung über die Abänderung der Ausführungsbestimmungen zum Umfahrgesetz den Ausschüssen. Mit der Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Gesetzes über Abweichungen von dem Viersteuer-

gesetz vom 26. 7. 18 erklärte sich der Reichsrat einverstanden. Das Gesetz sollte nur bis zum 30. September d. J. gelten. Es geschähe den Brauereien zur Bierbereitung auch Reissabfälle und Mais zu verwenden. Das Gesetz soll bis zum 31. März 1922 verlängert werden.

## Streik in der Filmindustrie.

Berlin, 8. Sept. Wie die „V. Z.“ am Mittag“ meldet, ist der Streik in der Filmindustrie, der bereits gestern drohte, heute zur Tatsache geworden. Die großen Ateliers sind geschlossen, in einigen Kinos wird noch gearbeitet. Es ist noch nicht sicher, ob sich die Angestellten in den Kinosatelliten anschließen werden.

## Die Lohnerhöhungsverhandlungen im Industriegebiet.

Essen, 8. Sept. Zu der Gehaltsbewegung im Bergbau tritt der Afa-Bund mit, daß das Angebot der Arbeitgeber auf Erhöhung der Gehälter um 16 Prozent und des Kindergebüls um 50 Mark von den Verbänden der kaufmännischen Angestellten im Ruhrbergbau als unzureichend angesehen wird.

Essen, 8. Sept. In den gestrigen Verhandlungen zwischen dem Bechensbergverband und den Vertretern der Angestelltenverbände wurde eine Erhöhung der Gehälter um 16 Prozent, eine Erhöhung des Kindergebüls um 50 Prozent und außerdem eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses ab 1. September 1921 zugestimmt.

Berlin, 8. Sept. Die Verhandlungen über die von der Straßenbahnen geforderte Lohnerhöhung, die gestern zwischen den beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen und den Arbeitgeberverbänden für die Straßenbahnen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet stattfanden, sind gescheitert. Der Reichs- und Staatskommissar in Dortmund ist wegen eines Schiedsgerichts angerufen worden.

## Bereitelter Polenanschlag in Oberschlesien.

Königsbrunn, 8. Sept. Gestern abend gegen 9 Uhr im kreislichen zwei verdächtig erscheinende Personen die Apo-Apothekentunft in Schule 11 in Königsbrunn. Sie erkundigten sich bei einem Mädchen nach der Stärke der dort stationierten Apo nach ihrer Nationalität. Das Mädchen machte den Vorposten auf die beiden Verdächtigen aufmerksam und dieser schritt mit Hilfe eines anderen Apo-Beamten zu ihrer Festnahme. Die Festgenommenen waren die Polenführer Heinrich Batolla und Peter Borek aus Chorzow. Dem Batolla, der während des Aufstands polnischer Kampagnenführer war, wurde bei der Festnahme ein Pistole mit 14 Schuß abgenommen. Borek führte eine großselbstangefertigte Dynamitbombe bei sich. Aus dem Benehmen der beiden Polenführer ging hervor, daß sie ein Attentat auf die Apo-Unterstützung vorhätten. Der Wachtmeister ließ die beiden Festgenommenen ins Polizeigefängnis in Königsbrunn bringen, um sie heute den interaktionellen Behörden vorzuführen zu lassen. Etwa eine Stunde nach der Einlieferung ins Gefängnis erschien jedoch der polnische Oberleutnant, dem der Apo-Zug in Chorzow untersteht, und verlangte angeblich auf Befehl der interaktionellen Kommission die Herausgabe der beiden Verdächtigen. Er nahm auch Bombe und Pistole mit sich und fuhr mit den beiden Verdächtigen im Auto nach Chorzow. Hier wurden sie freigelassen und erhielten von dem Oberleutnant Pistole und Bombe zurück.

## Die deutschen Sparkassen.

Das Ergebnis des Juli ist, wie das Amtsblatt des deutschen Sparkassenverbandes, „Die Sparkasse“ schreibt, günstiger ausgefallen, als es anfangs schien. Der Zuwachs bei den deutschen Sparkassen ist für Juli auf 400 Millionen Mark zu schätzen (gegen 1200 bzw. 900 Millionen im Juli der beiden Vorjahre). Der Rückgang gegen früher wird zum Teil damit erklärt, daß die Beamtengehälter diesmal schneller abgehoben werden, ferner damit, daß auf verschiedenen Gebieten die Konjunktur sich zu bessern beginnt, was stets die Wirkung hat, daß der Zustuß zu den Sparkassen nachläßt und andererseits Kapitalien abgehoben werden, die Verwendung bei der Beschaffung von Waren, Rohstoffen und dergl. finden. Der Gesamtzuwachs der deutschen Sparkassen seit Jahresbeginn wird auf 4450 Mill. Mark geschätzt (gegen 4540 bzw. 4300 Mill. M. in den beiden Vorjahren).

## Aufschwung in der deutschen Garnindustrie.

Die Vereinigung deutscher Fabrikanten von Baumwoll-, Strick- und Handarbeitsgarnen E. B. macht dem Monatsbericht wichtige Mitteilungen über die augenblicklichen Verhältnisse in der deutschen Garnindustrie. In den letzten Monaten sei erfreulicherweise ein starkes Interesse der deutschen Geschäftswelt für deutsche Garne zu beobachten. Diese plötzliche Bewusstseinsänderung hänge damit zusammen, daß die Preise für französische Garne teilweise um 50 Prozent höher sind als deutsche Garne. Die Zahl der in der Garnindustrie beschäftigten Personen hat sich seit Jahresfrist mehr als verdoppelt, und die Produktion wird überall noch fortgesetzt vergrößert. Die Kaufkraft der Verbraucher wird jedoch dadurch erschwert, daß die Baumwollpreise mit ihren Lieferungen im Rückstande bleiben und ihrerseits wiederum an dem notwendigen Ausbau ihrer Betriebsanlagen durch zu langsame Lieferzeiten der Maschinenfabriken behindert werden.

## Aus Stadt und Land.

Calw, den 9. September 1921.

## Feuerlöschprobe auf dem Brühl.

Auf dem Brühl wurde gestern abend eine Feuerlöschprobe mit dem Trodenschnellfeuerlöcher Triumph durchgeführt. Eine Bude aus Holzbockern, mit Wech beschmückt und Benzol und Petroleum übergeben, wurde in Brand gesteckt. Hell und hoch schlugen die Flammen auf und über den Platz erhob sich eine schwarze Rauchwolke. Es gelang die immerhin verheerenden Flammen in wenigen Sekunden zu löschen.

**Spätere**  
Der diesjährige  
am 24. Oktober  
die feanzösischen  
Kampfan  
Bahnverkehr  
sch natürlich nicht

**Beihilfe**  
Das Minister  
der Abgg. Wirt  
Körperschafts  
u. a. heißt:  
Je einen Er  
rungen und d  
an die nicht un  
amten ausgegeb  
nahegelegt wird  
beamteten und  
genähren. Die  
und erforderlich  
die Körperschaft  
nisse gebotenen  
geben. Sollte  
hen, so ist hier  
Umstand, daß d  
keine Klagen a  
worden sind, be  
höchster der ih  
ten Verpflichtun

Nach der vo  
nung ist — im  
sonie wegen de  
gemeinsame Ver  
ere Personen o  
Firmen usw., n  
auch in die ar  
stellen, die der  
studen besitzt, r  
aufgenommen, i  
Fremdsprecher  
Rebenstellen de  
mäßigen Ueber  
liefert. Bei sp  
Tagen gegen N  
verwaltung best

Die Reichsp  
eigene Fernspre  
eignetem Metall  
der Fernsprecha  
schalten und  
kosten bekanntlic  
Nutmaßlich  
Der neue H  
ist nur wenig  
warmes Wetter  
(S. 8.) P  
markt standen  
letzte Pferde 5  
15 000—20 000  
Rühe 5000—7800

Für Mitg  
Folgende N  
zur Veröffentl  
Bedenke  
die arbeitende  
soziale Ein  
glieder von  
Eigennutz, stelle  
Du bist al  
hülle und meh  
Die mehr bieten  
Unterstütze die  
Was Du dr  
das Nest der  
Aber was D  
zu Hause o  
herumgelegt, das  
assen aus  
beiträge. L  
Kegeln zu beg  
ten zur Erhöhu  
Du mußt so vie  
es verlangen, u  
es ist außerdem  
Wähle den  
behebt freie Ar  
Nimm den V  
liche Hilfe brau  
anspruchnahme  
Rasse sehr viel  
Rachthebe mind  
er für die ander

Grüdes Gebot  
gründlich Gesch  
ferne den Schmu  
mindstens einm  
ausprüfen und  
Bagnat oder

Be  
gründlich Gesch  
ferne den Schmu  
mindstens einm  
ausprüfen und  
Bagnat oder

Be  
gründlich Gesch  
ferne den Schmu  
mindstens einm  
ausprüfen und  
Bagnat oder

Einverstand. Das  
Es gelten. Es gesch  
Reisabfälle und Weiz  
1. März 1922 verlängert  
ndustrie.  
Mittag" meldet, ist de  
ern drohte, heute zur La  
geschlossen, in einigen Mo  
ht sicher, ob sich die In  
werden.  
handlungen  
riet.  
ung im Bergbau teilt de  
itgeber auf Erhöhung be  
ids um 50 Mark von be  
im Ruhrbergbau als w  
Verhandlungen zwische  
retern der Angestellten  
ehälter um 16 Prozent.  
Prozent und außerdem  
husses ab 1. Septembe  
gen über die von der  
g, die gestern zwischen  
ifikationen und den In  
im rheinisch-westfäl  
gezeichnet. Der Reichs  
wegen eines Schieds  
n Oberschlesien.  
end gegen 9 Uhr un  
Personen die Apotheke  
Sie erkundigten sich be  
rt stationierten Apo m  
a machte den Vorpresid  
dieser Schritt mit Hil  
Festnahme. Die Festg  
reich Watolla und Pater  
während des Aufstanz  
bei der Festnahme ein  
Borek führte eine groß  
Aus dem Vernehmen  
sie ein Attentat auf be  
abendende ließ die belter  
in Pödnigshütte bringen  
den vorführen zu lassen  
ung ins Gefängnis er  
t, dem der Apo-Zug in  
lich auf Befehl der In  
der beiden Verbrechen  
sch und fuhr mit der  
rgon. Hier wurden in  
berleutnant Piffole und  
kassen.  
das Amtsblatt des deut  
kaffe" schreibt, günstiger  
Zuwachs bei den deut  
Millionen Mark zu schen  
kl der beiden Vorjahren.  
Teil damit erklärt, daß  
gehoben werden, ferner  
die Konjunktur sich zu  
g hat, daß der Zust  
erweitertes Kapitalien abge  
Beschaffung von Boo  
Der Gesamtzuwachs der  
wird auf 4450 Mill.  
Mill. M. in den beiden  
Garnindustrie.  
anten von Baumwolle,  
macht dem Hansfabrik  
stlichen Verhältnisse in  
letzten Monaten sei er  
er deutschen Geschäft  
Diese plötzliche Bewo  
die Preise für französi  
sber sind als deutsche  
ndustrie beschäftigten Per  
verdoppelt, und die Be  
größert. Die Nachfr  
Die Deckung des Be  
sch die Baumwollspinn  
de bleiben und ihre  
usbau ihrer Betriebs  
rzeiten der Maschinen

### Spätere Einführung des Winterfahrplans?

Der diesjährige Winterfahrplan soll statt am 1. Oktober erst am 24. Oktober in Kraft treten. Der Grund liegt darin, daß die französischen Eisenbahnen auch erst am 24. Oktober den Fahrplan ändern; die Übereinstimmung beider Länder im Bahnverkehr wird als notwendig erachtet. Frankreich richtet sich natürlich nicht nach uns.

### Beihilfen für Körperschaftsbeamte usw.

Das Ministerium des Innern hat auf eine kleine Anfrage der Abg. Winter und Pflüger (Soz.) wegen Beihilfen für Körperschaftsbeamte eine schriftliche Antwort erteilt, in der es u. a. heißt: Das Ministerium des Innern hat am 6. Juni ds. Jz. einen Erlaß an die Körperschaftsbehörden, die Kreisregierungen und die Oberämter, betr. die Gewährung von Beihilfen an die nicht unter das Körperschaftspensionsgesetz fallenden Beamten ausgegeben, worin den Körperschaftsbehörden dringend nahegelegt wird, den in Betracht kommenden Beamten, Unterbeamten und deren Hinterbliebenen angemessene Beihilfen zu gewähren. Die Aufsichtsbehörden haben darüber zu wachen und erforderlichenfalls mit Nachdruck darauf hinzuwirken, daß die Körperschaftsbehörden sich der durch die Steuerungsverhältnisse gebotenen Gewährung ausreichender Beihilfen nicht entziehen. Sollte dies in einzelnen Fällen trotzdem nicht geschehen, so ist hierüber dem Ministerium Bericht zu erstatten. — Der Umstand, daß dem Ministerium seit Erscheinen dieses Erlasses keine Klagen aus den beteiligten Beamtentreisen bekannt geworden sind, berechtigt zu der Annahme, daß die Körperschaftsbehörden der ihnen gegenüber diesen Kreisen obliegenden sozialen Verpflichtung im allgemeinen nachzukommen bereit sind.

### Gemeinsames Telefon.

Nach der vom 1. Oktober ab gültigen neuen Fernsprechnormung ist — im Hinblick auf die noch herrschende Anschlußnot, sowie wegen des bestehenden Wohnungsmangels — künftig die gemeinsame Benutzung von Fernsprecheinrichtungen durch mehrere Personen gestattet. Auf Antrag werden solche Personen, Firmen usw., nach dem Ermessen der Telegraphenverwaltung auch in die amtlichen Fernsprechnetze eingetragen. Nebenstellen, die der Inhaber des Hauptanschlusses auf anderen Grundstücken besitzt, werden künftig in das Fernsprechnetz nicht mehr aufgenommen, weil ein Bedürfnis hierfür nicht vorliegt. Das Fernsprechnetz enthält daher fortan die Hauptstellen sowie die Nebenstellen Dritter. Es wird diesen Personen bei der erstmaligen Uebergabe des Anschlusses unentgeltlich ins Haus geliefert. Bei späteren Anträgen ist das neue Buch binnen 14 Tagen gegen Rückgabe des alten bei der von der Telegraphenverwaltung bestimmten Dienststelle abzugeben.

### Fernsprechnünzen.

Die Reichspostverwaltung läßt jetzt nach Blättermeldungen eigene Fernsprechnünzen in großen Mengen aus besonders geeignetem Metall herstellen. Diese Münzen, die zur Benutzung der Fernsprechautomaten dienen sollen, werden an den Postschaltern und in Läden verkauft werden. — Ein Ortsgespräch kostet bekanntlich ab 1. Oktober 50 Pfennig.

### Winterrückkehr am Samstag und Sonntag.

Der neue Hochdruck erhält sich. Am Samstag und Sonntag ist nur wenig Bewölkung und vorherrschend trockenes, tagsüber warmes Wetter zu erwarten.

### (S. B.) Pforzheim, 7. Sept.

Auf dem gestrigen Pferdemarkt standen 204 Pferde zum Verkauf. Bezahlt wurden für letzte Pferde 5000—7000 M., mittlere 8000—12 000, schwere 15 000—20 000 M. — Der Viehmarkt brachte folgende Preise: Rinde 5000—7800 M., Kalbinnen 4500—7500 M., Ochsen 5025

bis 6600 M. Im Gegensatz zum Pferdemarkt war hier der Handel lebhaft.

### (S. B.) Stuttgart, 6. Sept.

Dem Dienstagsmarkt am hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 107 Ochsen, 22 Bullen, 204 Jungbullen, 266 Jungriinder, 376 Rinde, 514 Kälber, 331 Schweine, 87 Schafe und 4 Ziegen, die alle verkauft wurden. Für 1 Zentner Lebendgewicht wurden erlöst: Ochsen 1. Qualität 670—740, 2. 500—640, Bulle 1. 610—660, 2. 500 bis 580, Jungriinder 1. 700—750, 2. 600—670, 3. 500—580, Rinde 1. 540—640, 2. 480—500, 3. 210—340, Kälber 1. 850 bis 900, 2. 760—830, 3. 660—740, Schweine 1. 1350—1450, 2. 1250—1340, 3. 1100—1240, Hammelfleisch 800—900 M. Verlauf des Marktes: Großvieh und Kälber lebhaft, Schweine mäßig befeh.

### (S. B.) Ludwigsburg, 7. Sept.

Im Kasernenhof der Ugartretterkaserne hier werden am 13. September 39 Pferde des Reiterregiments Nr. 18, tags darauf 20 Pferde in der Reiterkaserne in Cannstadt verfelgert.

### (S. B.) Heilbronn, 7. Sept.

Am Dienstag nachmittag wurde der neue Stadtvorstand Professor Emil Weutlinger durch Regierungspräsident v. Widmann von der Kreisregierung in Ludwigsburg vereidigt und in sein neues Amt eingeführt. Der Feierlichkeit im Rathaus saßen wohnten die bürgerlichen Kollegien die städtische und staatlische Beamtenschaft sowie zahlreiche Bürger der Stadt bei. Präsident von Widmann gedachte in seiner Rede auch der Verdienste des verstorbenen Oberbürgermeisters Dr. Göbel. Gemeinderat Bulle, als stellv. Stadtvorstand, übergab dann Prof. Weutlinger das neue Amt, hat um Vertrauen und jagte soiches zu. Für die Beamtenschaft übermittelte Oberbaurat Reppner, für die städtischen Arbeiter Monteur Berg, für die Schulen Oberstudienrat Diez, für die Religionsgemeinschaften Delan Eitel und für das Oberamt Oberamtmann Ghemann Glückwünsche und die Versicherung des gemeinsamen Zusammenarbeitens zum Wohle der Stadt. Der neue Stadtvorstand Weutlinger sprach Dankesworte. Bei einem Zusammensein im Ratskeller wurde der für die Stadt so bedeutungsvolle Tag durch weitere Neben gefeiert.

### (S. B.) Göttingen, 7. Sept.

Nach dem Monatsbericht des Stadtpolizeiamts kamen im August hier 49 einfache und schwere Diebstähle, 7 Fälle von Hehlerei, 6 wegen Betrugs, 3 wegen Urkundenfälschung, 3 wegen Unterschlagung und 4 wegen Hausfriedensbruchs zur Behandlung, außerdem aber noch 221 polizeiliche Uebertretungen und 2 Vergehen gegen das Vogelgeschutzgesetz. Grober Anflug und Nachtrübepörungen nehmen gegenüber den letzten Jahren wieder ziemlich zu.

### (S. B.) Hohememmingen O. Heidenheim, 7. Sept.

Zu dem furchtbaren Mord an dem 65 Jahre alten Bauer Melchior Mühlbacher erfahren wir noch: Die Täter sind zwei Burschen im Alter von 18—19 Jahren, die sich in letzter Zeit in der Gegend beschaffungslos herumtrieben. Sie nächtigten in einer an das Wohnhaus anstoßenden Scheuer und beobachteten durch das Dach das Wohnhaus ihres Opfers. Sie warteten ab, bis die Angehörigen des Mühlbacher zur Arbeit aufs Feld gegangen waren und drangen durch die hintere Türe des Wohnhauses in die Wohnstube ein. Mit einem Prigel schlugen sie den 65-jährigen Mann nieder, stießen ihm ein Messer, das sie der Tischschublade entnahmen, tief in den Hals, so daß die Hauptschlagader durchstochen wurde. Das Mordwerkzeug ließen sie im Hals stecken. Als zwei Stunden später die Söhne des Ermordeten zurückkehrten, fanden sie den Vater erschlagen vor. Die Täter, die nur 20 Mark erbeuteten, ergriffen eilig die Flucht in der Richtung gegen Staufen, wobei sie von Einwohnern gesehen wurden. Noch im Laufe des Tages traf die Gerichtscommission aus Heidenheim, Kriminalbeamte aus Stuttgart und der Staatsanwalt aus Ellwangen ein. Unterdessen haben die Polizeibehörden die Persönlichkeit der Täter festgestellt, sie aber noch nicht erwischt.

nern gesehen wurden. Noch im Laufe des Tages traf die Gerichtscommission aus Heidenheim, Kriminalbeamte aus Stuttgart und der Staatsanwalt aus Ellwangen ein. Unterdessen haben die Polizeibehörden die Persönlichkeit der Täter festgestellt, sie aber noch nicht erwischt.

### (S. B.) Ellwangen, 7. Sept.

Die hiesige Staatsanwaltschaft erläßt wegen des Raubmordes in Hohememmingen einen Steckbrief gegen den 19 Jahre alten Mehger Jakob Wirth von Hohememmingen, den 18jährigen Maurer Karl Kirjinger von Reimstetten O. Vöberach und den 19jährigen Wilhelm Berner von Herbrechtingen.

### (S. B.) Schwennigen, 7. Sept.

Im Farnenkäuf von Zelllingen war ein Farnen freigegeben, der ein jüngeres Tier angriff. Man holte den Farnenwächter Gustav Hugger, um den Farnen wieder anzuflecken. Als dieser das Tier am Rasenting packte, um es in seinen Stand zu bringen, drückte es den Wächter an die Wand und warf ihn in die Höhe, ließ aber dann von ihm ab. Hugger hat so schwere Verletzungen erlitten, daß er ihnen erlag.

### (S. B.) Vom Hohentwiel, 7. Sept.

Der 23jährige Otto Schönte in Singen erschob beim Tanz seine frühere Geliebte wegen verschmähter Liebe und dann sich selbst. Das Mädchen war Kellnerin und ging für kurze Zeit weg, um mit einer Freundin ein Tänzchen zu machen. Als der Tanz beendet war, feuerte Schönte mit seinem Revolver zwei Schüsse auf das Mädchen, die alsbald den Tod herbeiführten. Darauf richtete er mitten im Saal die Waffe gegen sich selbst. Er war sofort tot. Kurz vor der Tat gab er an der Kasse seine Uhr und seinen Geldbeutel ab. Die Tanzunterhaltung wurde abgebrochen.

### Kirchliche Nachrichten.

#### Evangelischer Gottesdienst.

16. Sonntag nach Trin. 11. Sept. 1921. Vom Turm: 338. 8 Uhr Frühpredigt: Stadtpfarrverweser Josenhans. 9 1/2 Uhr Hauptgottesdienst: Delan Zeller. Kirchenchor singt Nr. 130, Im Frieden Dein. Predigtlied: Daselbe. Im Anschluß an den Predigtgottesdienst wird das H. Abendmahl gefeiert. 10 1/2 Uhr Sonntagschule. 1 Uhr Christenlehre: Töchter ältere Abteilung. Donnerstag, 14. Sept. 1921, 8 Uhr Bibelstunde. Delan Zeller.

#### Katholischer Gottesdienst.

Sonntag, den 11. Sept. 8 Uhr Frühmesse, 10 Uhr Predigt und Amt, 2 Uhr Nachmittags-Andacht. Montag, den 12. ds. Mis. 8 Uhr Gottesdienst in Bad Liebenzell.

#### Gottesdienste der Methodistengemeinde.

Sonntag, den 11. Sept. Vorm. 10 Uhr Predigt Höber. 11 Uhr Sonntagschule. Abends 8 Uhr Predigt Bögele. Mittwoch, 8 Uhr Bibelstunde Höber. Stammheim: Vorm. 10 Uhr Predigt Hof. Nachm. 1/2 Uhr Predigt Höber. Mittwoch, 8 Uhr Bibel- und Gebetsstunde. Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seilmann, Ca'm. Druck und Verlag der A. Dellschläger'schen Buchdruckerei, Ca'm.

#### Reklameteil.

Wenn Säuglinge durch irgend welche Umstände nicht die Mutterbrust erhalten können, so reiche man ihnen das bereits durch Generationen bewährte Nestlé'sche Kindermehl, welches durch seine stets gleichbleibende Reinheit und Güte die absolute Sicherheit bietet, dem Wachstum und Gedeihen der Kinder förderlich zu sein.

#### Seitental, 7. Sept. 1921.

Das Wohnhaus des Herrn Jakob Hermann, hier ging durch Kauf an Herrn Gustav Kallfah, Wildberg über. — Der Abschluß erfolgte durch das Immobilien- und Hypothekengeschäft Christian Herter, Eßhausen.

### Ratschläge für Mitglieder von Krankenkassen.

Folgende Ausführungen werden uns von zuständiger Seite zur Veröffentlichung übergeben:

**Bedenke:** Die Krankenkasse ist eine Einrichtung für die arbeitende Bevölkerung (für Hand- und Kopfarbeiter). Diese soziale Einrichtung kann nur bestehen, wenn die Mitglieder von sozialem Geiste erfüllt sind. Zögle Deinen Eigenwohl, stelle das Gemeinwohl in Vordergrund.

Du bist als Mitglied Mitbesitzer des Kassenvermögens. Erhalte und mehre es, damit die Kasse den Mitgliedern und auch Dir mehr bieten kann.

Unterstütze die Kasse in der Bekämpfung von Kassenschädlingen!

Was Du brauchst zur Wiedererlangung Deiner Gesundheit, das liefert Dir die Kasse nach wie vor.

Aber was Du nicht brauchst, was unnötig geholt wird, weil es zu Hause oder im Betrieb unverwertet herumsteht oder herumliegt, das ist unnütz vergeudet. Das bedeutet: Höhere Kassenausgaben und damit höhere Kasseneinträge. Die vielen Tausend Mark jährlich, welche für Arzneien zu bezahlen sind, die nicht verbraucht werden, könnten zur Erhöhung des Krankengeldes besser verwendet werden. Du mußt so viel Verantwortlichkeitsgefühl aufbringen, nur das zu verlangen, was notwendig ist. Das erfordert der Anstand; es ist außerdem nach der heutigen Anschauung Menschenpflicht. Wähle den Arzt, dem Du Vertrauen entgegenbringst. Es besteht freie Arztwahl.

Nimm den Arzt nicht unnötig in Anspruch. Wenn Du ärztliche Hilfe brauchst, suche ihn in der Sprechstunde auf. Die Inanspruchnahme des Arztes außerhalb der Sprechstunde kostet die Kasse sehr viel Geld. Spare dem Arzt Nachtbesuche, er hat die Nachtstunden mindestens so notwendig wie andere Berufsleute, damit er für die anderen Kranken morgens wieder zur Verfügung steht. Besser ist, sich selbst gesund erhalten!

Grüßes Gebot ist Reinlichkeit! Wasche morgens und abends gründlich Gesicht, Hals, Brust, Rücken und Hände und entferne den Schmutz unter den Fingernägeln. Du mußt die Zähne mindestens einmal täglich mit der Zahnbürste putzen, den Mund ausspülen und gurgeln. Daß Deine Zähne halbjährlich vom Zahnarzt oder Dentisten auf Kosten der Kasse nachsehen, auch

wenn Du keine Zahnschmerzen hast! Lächle Deine Wohnräume, frische Luft hat noch niemandem geschadet. Rütze Deinen Aufenthalt in dunstigen Lokalen ab.

Weniger Alkohol, weniger Tabak fördert das Allgemeinbefinden.

Benütze fleißig Wasser, Luft, Licht und Sonne. Die Natur gibt diese Schätze unentgeltlich ab.

Jeder Sport, wenn er nicht übertrieben und wenn er zumeist im Freien getrieben wird, erhält die Gesundheit. Als der gesundeste ist das Schwimmen zu bezeichnen, da es auch die Reinlichkeit fördert. Turnen, Rudern und Ballsport im Sommer. Schneesport, Schlittschuhlaufen und Rodeln im Winter und vor allem Wandern zu jeder Jahreszeit ist sehr zu empfehlen.

Als gutes Abhärtungsmittel bei Neigung zu kalterhaltigen und rheumatischen Erkrankungen ist das Luftbad zu empfehlen, ebenso auch für Kinder (englische Krankheit, Blutarmut). Vom Luftbad spricht man, wenn man seinen Körper längere Zeit in unbelüftetem Zustand der freien Luft aussetzt.

Zur Vorbereitung nimmt man zuerst Luftbäder im Zimmer, nach einiger Gewöhnung im Freien. Am besten eignet sich dazu ein windstiller Platz (Baldwiese). Die anfängliche Dauer im Freien beträgt 10 Minuten, allmählich wird im Verlauf von zwei Wochen auf 1 Stunde, später auf mehrere Stunden hinausgegangen. Wichtig ist, nur so lange entkleidet zu bleiben, als kein Frösteln besteht. Außerdem sind, namentlich direkt nach dem Auskleiden, Bewegungen, Turnübungen vorzunehmen.

Einen wesentlichen Einfluß auf die Gesundheit des Menschen, namentlich auf gute Entwicklung und Funktion seiner Organe hat das Sonnenlicht. Man läßt das direkte Sonnenlicht auf die gesamte Körperoberfläche einwirken.

Zur Vornahme von Sonnenbädern genügt eine einfache Einrichtung: windgeschützt, nach Süden offener Platz, der mit einem einen 1/2 Meter über dem Boden befindlichen Bretterboden versehen ist.

Im Gegensatz zu den Luftbädern werden die Sonnenbäder in ruhender Stellung genommen. Zum Schutze des Kopfes und der Augen wird am besten ein breitrandiger Strohhut getragen. Man beginnt am besten mit Teilbesonnungen von kurzer Dauer, d. h. zuerst setzt man etwa die Beine 10 Minuten bei

Sonne aus, am nächsten Tage 10 Minuten den Unterkörper, den folgenden Tag 10 Minuten den Oberkörper, dann 10 Minuten den ganzen Körper. Von da ab legt man täglich etwa 10 bis 15 Minuten zu bis zur Dauer von 2 und mehr Stunden.

Nach dem Sonnenbad empfiehlt sich, zur Regulierung der Hautgefäßverden eine kurze Dusche zu nehmen, worauf man wieder etwas ruht.

Sonnenbäder sollen nicht nehmen:

1. Leute mit Blutungen,
2. solche mit Arterienverengung,
3. solche mit hochgradiger Schwäche.

Ein weiteres vorzügliches Mittel zur Stärkung und Kräftigung unseres Körpers besitzen wir in dem Wasser. Am besten wirkt das kalte Wasser, indem es außerordentlich belebt und erhöhte Arbeitslust und Arbeitsfähigkeit schafft. Durch kalte Bäder werden die Stoffwechselvorgänge in unserem Körper erheblich gesteigert, stoffreiches Körpermaterial kommt reichlich zur Verbrennung, wodurch die Ekstase angeregt wird.

Ähnlichen Einfluß haben auch kalte Waschungen, Uebergießungen und Packungen des Körpers.

**Glaube nicht:** Bei jeder Krankheit oder gar bei jeder ärztlichen Beratung muß Medizin verschrieben werden. Es sind nicht immer die tüchtigsten Ärzte, die möglichst viel verschreiben. Oft helfen Bäder, Umschläge, Schwicken, Diät oder gesundheitsliche Ratschläge sehr viel mehr, als der größte Kolben Arznei. Frage darüber Deinen Arzt.

Es ist zwecklos, vom Arzt die Verordnung einer bestimmten Arznei oder eines Nähr- oder Stärkungsmittels zu verlangen. Der Arzt weiß selbst am besten, was er verordnen muß. Daß Dich vom Arzt auffären.

Viele Nähr- und Kräftigungsmittel haben wenig Wert für den Kranken, sie sind aber wegen ihres hohen Preises ein gutes Geschäft für den Fabrikanten oder den Wiederverkäufer. Die Verordnungsvorschriften der württembergischen Krankenkassen schließen kein für die Heilung notwendiges Arzneimittel aus; sie verlangen lediglich vom Arzt jede mit der Erreichung des angestrebten Erfolges mögliche Sparsamkeit. Der Arzt ist ermächtigt, jedes Heilmittel anzuwenden, das er im einzelnen Fall für notwendig hält und dessen Verordnung er begründen kann.

